

Die sowjetische Wirtschaftsrevolution¹

VLADIMIRO GIACCHÉ, *Ökonom*

Die Oktoberrevolution war in erster Linie eine wirtschaftliche und erst in zweiter Linie eine politische Revolution. Die Oktoberrevolution als wirtschaftliche Revolution zu betrachten bedeutet, sie als wirtschaftlichen Aufbau in einem unerforschten Gebiet (und unter widrigen Bedingungen) zu verstehen. Dieser Aufbau durchlief verschiedene Phasen. An dieser Stelle werde ich mich insbesondere mit der Phase 1928-1956 befassen, die als „sowjetische industrielle Revolution“ bezeichnet wurde, und mich darauf beschränken, vorab auf die vorherigen Phasen einzugehen, die ich – was die Jahre 1917-1923 betrifft – vor einigen Jahren in einem Aufsatz ausführlicher behandelt habe (Giacché 2017).

1. Nach der Revolution: die ersten Phasen (1917–1928)

Die *erste Phase* reicht von Oktober (November nach dem gregorianischen Kalender) 1917 bis zu den ersten Monaten des Jahres 1918. In diesem Zeitraum sind die wichtigsten Maßnahmen aus wirtschaftlicher Sicht das Dekret über den Grundbesitz, das den Großgrundbesitz abschaffte und das Land an die Bauern verteilte, sowie das Dekret über die Arbeiterkontrolle, das Formen der Arbeiterkontrolle über die Unternehmen einführte, ohne jedoch sofort zu deren Verstaatlichung überzugehen; stattdessen wurden die Banken verstaatlicht.

Die *zweite Phase* wurde später von Lenin als „Kriegskommunismus“ bezeichnet und dauerte grob gesagt von Mai 1918 bis 1920. Ganze Industriezweige wurden verstaatlicht. Gleichzeitig wurden, um die Stadtbevölkerung und die Rote Armee, die den Bürgerkrieg gegen die von 21 Nationen unterstützten „Weißen“ führte, zu ernähren, die Überschüsse der Bauern beschlagnahmt und der direkte Tausch von landwirtschaftlichen Produkten gegen Industrieprodukte versucht, wodurch Markttransaktionen vermieden wurden. Man wollte aus der Not eine Tugend machen und auf diese Weise

¹ Arbeitsübersetzung aus „Elogio del Comunismo del Novecento, Atti del Forum 4-5-6 Ottobre 2024 (Cinema Aquila, Roma), Rete dei Comunisti;“ (Lob des Kommunismus des 20. Jahrhunderts, Protokolle des Forums, 4.-5.-6. Oktober 2024 (Kino Aquila, Rom), Netzwerk der Kommunisten) Siehe auch den Auszug in Marxistische Blätter 1_2026, S.146 ff.

den Übergang zum Kommunismus direkt umsetzen. Der Bürgerkrieg wurde gewonnen, aber der Preis dafür war eine wirtschaftliche Katastrophe. Am Ende dieser Periode lag die Getreideproduktion um 56 Prozent unter dem Niveau von 1913, die Industrieproduktion sogar um 70 Prozent (Davies 1990: 5-6). Zahlreiche Baueraufstände prägten das Ende des Bürgerkriegs.

Ab den ersten Monaten des Jahres 1921 wurde daher eine Änderung der Strategie notwendig: So kam es zur *dritten Periode* (1921-1928), in der Lenin die Neue Wirtschaftspolitik (NEP) ins Leben rief. In dieser Zeit wurde ein (eher prekäres) Gleichgewicht zwischen Stadt und Land, zwischen Staat und Markt wiederhergestellt, indem den Bauern der Handel mit den Überschüssen ihrer landwirtschaftlichen Produktion, die über den Eigenbedarf hinausgingen, gestattet wurde und die früheren Beschlagnahmungen durch eine moderate Natursteuer ersetzt wurden.

Abgesehen von der Notwendigkeit, die Zustimmung der Bauernmassen zurückzugewinnen, war das „Grundprinzip“ der NEP aus wirtschaftlicher Sicht „die Annahme, dass die Erholung der Industrie von der Erholung der landwirtschaftlichen Produktion abhing“ (Spulber 1964: 51). Gleichzeitig etablierte sich ein „atypischer Staatskapitalismus“, der auf der erfolgten Verstaatlichung eines Großteils der Industrie und auf der Tatsache beruhte, dass die politische Macht nicht mehr in den Händen der Bourgeoisie liegt. Die NEP stabilisiert die sowjetische Macht und verwirklicht den „Wiederaufbau“, indem sie das Vorkriegsproduktionsniveau wiederherstellt und so die schrecklichen Wunden heilt, die der Bürgerkrieg der sowjetischen Wirtschaft zugefügt hat, aber es gelingt ihr nicht, einen Aufschwung zu bewirken, der darüber hinausgeht (Nutti 1979: 240). Es gibt zwei Hauptprobleme: die industrielle Rückständigkeit und den Mangel an Kapital, um diese zu überwinden. In dieser Hinsicht bringt auch die von Lenin eingeführte Politik der „Zugeständnisse“, mit der er Direktinvestitionen westlicher Kapitalisten nach Russland locken wollte, nicht die erhofften Ergebnisse. Darüber hinaus schwindet seit den frühen 1920er Jahren die Hoffnung auf eine Revolution im Westen, die Lenin zuvor als wesentliche Voraussetzung für das Überleben der Sowjetmacht angesehen hatte.

Vor diesem Hintergrund entbrannte Mitte der 1920er Jahre in der Sowjetunion eine breite Debatte über Entwicklungsstrategien und Industrialisierung. Eine Alternative stand im Vordergrund: Sollte der Industrie oder der Landwirtschaft Vorrang eingeräumt werden? Die Entscheidung wurde durch die Knappheit des verfügbaren Kapitals erzwungen.

2. Die „sowjetische industrielle Revolution“ (1928-1956)

Im Laufe des Jahres 1928 wird schließlich der Weg der industriellen Entwicklung eingeschlagen. Die Gründe für diese Entscheidung werden von Stalin in seiner Rede vor dem Zentralkomitee der KPdSU am 19. November wie folgt dargelegt: „Eine rasche Entwicklung der Industrie im Allgemeinen und der Produktion von Produktionsmitteln im Besonderen ist das Grundprinzip und der Schlüssel zur Industrialisierung des Landes, das Grundprinzip und der Schlüssel zur Umgestaltung unserer gesamten Volkswirtschaft nach den Grundsätzen der sozialistischen Entwicklung“ (Stalin 1928 in Spulber 1964: 348); denn der Widerspruch zwischen dem fortschrittlichen Charakter des sowjetischen Systems und der Industrie, die „aus technischer Sicht extrem rückständig“ ist, muss überwunden werden. Stalin betont jedoch auch einen weiteren Aspekt: „Dies gilt nicht nur für den Aufbau des Sozialismus. Es gilt auch für die Verteidigung der Unabhängigkeit unseres Landes unter den Bedingungen der kapitalistischen Einkreisung. Ohne eine angemessene industrielle Basis für die Verteidigung ist es nicht möglich, unser Land zu verteidigen. Ohne eine fortschrittliche Industrietechnik ist es nicht möglich, eine solche industrielle Basis zu schaffen“ (Spulber 1964: 349).

2.1. Die grundlegenden Elemente

Die grundlegenden Elemente des Wirtschaftsmodells, das sich in dieser Phase durchsetzt, lassen sich in vier Punkten zusammenfassen.

2.1.1. Erstens ist das Eigentum an den Produktionsmitteln nicht mehr privat. Dieser Aspekt ist nach wie vor der am wenigsten umstrittene in Bezug auf die Definition der sowjetischen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang können wir uns der Aussage von Abram Bergson aus dem Jahr 1964 anschließen: „Die Meinungen darüber, wie die sowjetische Wirtschaft definiert werden sollte, gehen nach wie vor auseinander, aber ich hoffe, dass ich sie als ‚sozialistisch‘ bezeichnen kann, wobei ich mir bewusst bin, dass ich mich dabei in erster Linie auf eines ihrer wichtigsten Merkmale beziehe: das überwiegend öffentliche Eigentum an den Produktionsmitteln“ (Bergson 1964: 5-6). In dieser Definition wird die Tatsache, dass die wirtschaftliche Macht nicht mehr in den Händen der Bourgeoisie liegt, als entscheidendes Merkmal angesehen, um die sowjetische Wirtschaft als

„sozialistisch“ zu bezeichnen.

2.1.2. Zweitens die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung von

Feldman. Diese Theorie wurde vom Mathematiker und Ökonomen Grigori Alexandrovič Feldman vom Staatlichen Planungskomitee (Gosplan) in seinem Aufsatz „*Für eine Theorie der Wachstumsraten des Nationaleinkommens*“ (1928; siehe Spulber 1964: 260 ff. und 385 ff.) dargelegt. Sie stellte ein mathematisches Modell der Kapitalakkumulation dar, das auf der marxistischen Unterscheidung der Wirtschaft in zwei Sektoren basierte, von denen der eine auf die Produktion von Konsumgütern und der andere auf die Produktion von Investitionsgütern ausgerichtet war. Sein theoretischer Kern besteht aus der These, dass Investitionen in die Schwerindustrie (die Investitionsgüter und Ausrüstungsgüter herstellt) auch für die Produktion von Konsumgütern und damit für die Steigerung des Konsums von grundlegender Bedeutung sind. Mit anderen Worten: Laut Feldman gibt es keine absolute Dichotomie zwischen Investitionsgütern und Konsumgütern; im Gegenteil, wenn man der Produktion von Investitionsgütern Vorrang einräumt, wird der Konsum auf lange Sicht höher sein, als wenn man direkt auf die Produktion von Konsumgütern gesetzt hätte. Wie der Wirtschaftshistoriker Robert Allen in seiner grundlegenden Monografie *Farm to Factory. A reinterpretation of the Soviet Industrial Revolution* (2003) feststellt, wurde „diese Erkenntnis zur Grundlage der sozialistischen Wirtschaftsentwicklung“ (Allen 2003: 54).

Die praktische Voraussetzung für die von Feldman vorgeschlagene Kapitalallokation war wiederum die durch Planung ermöglichte koordinierte Entwicklung, im Gegensatz zur „Methode der kapitalistischen Guerilla, der privaten Initiative und des Wettbewerbs“ (Murphy, Shleifer, Vishny 1988).

2.1.3. Drittens ist daher ein wesentlicher Bestandteil des Modells die **allgemeine Planung:** Es war nämlich „die Ersetzung der Gewinnmaximierung durch Planziele und *weiche Budgetbeschränkungen*, die ein größeres Wachstum der Investitionen und des Lebensstandards ermöglichte, als es mit den traditionellen konventionellen kapitalistischen Beschäftigungsverhältnissen erreicht worden wäre“ (Allen 2003: 54).

Es ist wichtig, die revolutionäre Neuerung der sowjetischen Wirtschaftsplanung hervorzuheben: „Als die Bolschewiki die Macht übernahmen, . . . gab es kein ausgeklügeltes Planungssystem, und es musste auf der Grundlage späterer praktischer Erfahrungen aufgebaut werden“ und ausschließlich auf dieser Grundlage, mit Ausnahme des viel begrenzteren Präzedenzfalls der Kriegsplanung im Ersten

Weltkrieg, insbesondere in Deutschland“ (Tinbergen 1964: 5; der Begriff „*Planwirtschaft*“ selbst existierte vor dem Weltkrieg nicht: siehe Salin in Plitzko 1964: 7).

Die sowjetische Planung stellt zweifellos den *ersten Fall einer nationalen Wirtschaftsplanung in der Geschichte* dar (Archibugi 2008: 27, 75), und Versuche, historische Vorläufer zu finden, blieben erfolglos (siehe z. B. Baudin in Hunold 1951: 43-84). In Zeiten, in denen man weniger geneigt war als heute, die gesamte sowjetische Erfahrung zu verteuflen, war es selbstverständlich anzuerkennen, dass „die Ausarbeitung dieser enorm komplexen und ausgefeilten Programme durch die sowjetischen Planer eine beachtliche intellektuelle Leistung darstellte. Darüber hinaus haben sie diese Planungsmethoden im Allgemeinen selbst entwickelt“ (Wilson 1964: 23).

2.1.4. Aber woher sollte das für die Industrialisierung notwendige Kapital kommen? Die Antwort auf diese Frage lieferte, und das ist das *vierte Element* des Modells, die **Theorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation von Preobraženskij**. Diese Theorie war Jahre zuvor von Evgenij Preobraženskij in der heftigen Auseinandersetzung über die industrielle Entwicklung entwickelt worden, in der er sich auf der gegnerischen Seite von Nikolaj Bucharin befand. Preobraženskij schlug in seinem Aufsatz *Das Grundgesetz der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation* (1924) vor, das für die Entwicklung der Industrie notwendige Kapital durch einen ungleichen Austausch zwischen Stadt und Land aus dem ländlichen Raum zu beziehen (siehe Bucharin/Preobraženskij 1969: 7-72 und 183-264). Bucharin hingegen hielt es für notwendig, den Ansatz der NEP beizubehalten und der Entwicklung des ländlichen Raums Vorrang vor der Leicht- und Schwerindustrie einzuräumen (in Bucharin/Preobraženskij 1969, S. 79-178). Tatsächlich schloss sich Stalin 1928 der Position Preobraženskijs an.

Die Entwicklung der Sowjetunion seit dem ersten Fünfjahresplan war also auf **die beschleunigte Entwicklung der Industrie** ausgerichtet, **die auf der Grundlage einer zentralisierten nationalen Planung durchgeführt wurde**. Dies geschah **ohne ausländisches Kapital** und in einer Situation, in der **die Krise von 1929 ein exportorientiertes Wachstumsmodell unmöglich machte** (Allen 2003: 95). Zu den

Ausgangsbedingungen der extremen Rückständigkeit des Landes kam schließlich ein internationales Umfeld hinzu, das nicht nur ungünstig, sondern offen feindlich gegenüber dem Sowjetstaat war. Dieses Umfeld hatte nicht nur zur Folge, dass es unmöglich war, ausländisches Kapital zur Finanzierung der Entwicklung zu nutzen, sondern es verstärkte auch die Notwendigkeit einer beschleunigten Industrialisierung, um Kriegsbedrohungen angemessen begegnen zu können. Dieser letzte Aspekt – den Stalin, wie oben dargelegt, sehr gut verstanden hatte – wurde vom US-amerikanischen Ökonomen (wenn auch russischer Herkunft) Evsey Domar anerkannt, der in den 1950er Jahren das sowjetische Entwicklungsmodell eingehend untersuchte und so den Kontext, in dem es entstanden war, wie folgt beschrieb: „Da sie die Rückständigkeit ihres Landes im Vergleich zu den fortgeschrittenen kapitalistischen Mächten erkannten und befürchteten, dass die ‚kapitalistische Einkreisung‘ letztendlich zu einer offenen Aggression führen würde, verspürten die sowjetischen Planer ein extremes Gefühl der Dringlichkeit, ihre Wirtschaft zu industrialisieren“ (Domar 1957: 256).

2.2. Die sowjetische Planung und ihre Ergebnisse

Der erste Plan für die Wirtschaft des postrevolutionären Russlands wurde von Lenin initiiert und Ende 1920 aufgestellt; er betraf ein spezifisches, wenn auch entscheidendes Ziel: die Elektrifizierung des Landes. Die Verantwortung für die Umsetzung des Plans wurde der Staatlichen Kommission für die Elektrifizierung Russlands (Goselro) übertragen, die den Embryo der zukünftigen Planungskommission darstellte. Die Ausarbeitung des ersten Plans für die sowjetische Volkswirtschaft durch P.I. Popov und L.N. Litošenko geht auf die Jahre 1923-1924 zurück.

Der erste Plan gemäß den 1928 beschlossenen neuen Leitlinien war jedoch der Fünfjahresplan, der im selben Jahr aufgelegt und 1932 vorzeitig beendet wurde, wobei die vorzeitige Erreichung seiner Ziele erklärt wurde. Der Plan bestand aus quantitativen (materiellen, nicht monetären) Produktionszielen. Zu seinen Merkmalen gehörte das Vorhandensein von *weichen Budgetbeschränkungen*: Die sowjetischen Staatsunternehmen hatten materielle Produktionsziele, aber keine Gewinn- und Verlustziele wie kapitalistische Unternehmen, und konnten auch mit Verlusten arbeiten, ohne in Konkurs zu gehen, da sie vom Staat durch Bankkredite finanziert wurden. Allen hat gezeigt, dass dieses Modell in dieser Phase der Entwicklung der sowjetischen

Wirtschaft eine positive Rolle gespielt hat (Allen 2003: 167-8).

Betrachten wir nun die quantitativen Ergebnisse, die seit diesem Fünfjahresplan erzielt wurden, genauer.

Die Kanalisierung der Investitionen in die Investitionsgüterindustrie führte zu einem raschen Anstieg der **physischen Kapitalakkumulationsrate**, wie im Modell von Feldman vorhergesagt. Die Investitionsquote stieg von 8 Prozent im Jahr 1928 auf 14 Prozent im Jahr 1932, erreichte 1936 einen Höchststand von 17 Prozent und sank dann aufgrund der Umorientierung eines Teils der Investitionen in die Kriegsproduktion wieder auf 14 Prozent (Allen 2003: 96).

Neben dem physischen Kapital wuchs auch das **Humankapital** durch massive Investitionen in die Bildung. Der Verfasser des ersten Fünfjahresplans, Stanislav Strumilin, betonte dessen Bedeutung mit folgenden Worten: „Die Ausgaben des Staatshaushalts zur Anhebung des kulturellen Niveaus des Landes sollten zusammen mit den Ausgaben für den technischen Wiederaufbau der Produktion als Kapitalausgaben betrachtet werden und sind für unsere Wirtschaft von gleicher Bedeutung“ (zitiert in Allen 2003: 97). Tatsächlich sank der Anteil der Analphabeten von 49 % der Bevölkerung im Jahr 1926 auf 19 % im Jahr 1939. Und nicht nur das: Am Ende dieses Zeitraums waren die Frauen ebenso gut alphabetisiert wie die Männer, während zuvor das Verhältnis 1 zu 3 betragen hatte.

Das Wachstum der sowjetischen Wirtschaft betrug zwischen 1928 und 1940 jährlich 5,3 %, während die **Industrieproduktion** um spektakuläre 11 % pro Jahr zunahm (Allen 2003: 153). Die Maschinenproduktion stieg zwischen 1928 und 1937 um das Elffache (Allen 2003: 102 ff.). Die Bevölkerung der Städte verdoppelte sich im gleichen Zeitraum: Die Kollektivierung der Landwirtschaft – die parallel zur Industrialisierung vorangetrieben wurde – beschleunigte die Urbanisierung. Allen ist nicht der Ansicht, dass die Kollektivierung des ländlichen Raums ein wesentliches Element der sowjetischen Entwicklung in den betrachteten Jahren war, teilt jedoch auch nicht die heute vorherrschende extrem negative Bewertung (Allen 2003: 173-5). Er betont jedoch, dass die Entwicklung der Industrie unter anderem die Absorption des Arbeitskräfteüberschusses in der Landwirtschaft ermöglicht habe, wodurch der unproduktive Konsum – repräsentiert durch die latente Arbeitslosigkeit auf dem Land – in produktiven Konsum umgewandelt und Investitionen angekurbelt werden konnten, ohne den Konsum zu verringern. Dieses Thema wurde 1958 vom US-amerikanischen (aber estnischstämmigen) Ökonomen Ragnar Nurkse in seinem grundlegenden Werk „*Capital*

Formation in Underdeveloped Countries" (Nurkse 1958: 40 ff. und Allen 2003: 60-61) theoretisch aufgegriffen.

Was den **Konsum** und den Lebensstandard angeht, so lauten die Daten wie folgt: Die Produktion von Konsumgütern stieg 1937 um 79 Prozent gegenüber 1928. Und Ende der 1930er Jahre war der Pro-Kopf-Verbrauch deutlich höher als in den 1920er Jahren: durchschnittlich +22-25 Prozent (Allen 2003: 137 und dann 141). Dies gilt jedoch für die Städte, in denen 1939 ein Drittel der Bevölkerung lebte (1928 war es ein Fünftel). Nicht für die ländlichen Gebiete, die 1933 von schrecklichen Hungersnöten heimgesucht wurden, um dann wieder auf den Verbrauch von 1928 zurückzufallen und 1938 ein Wachstum von nur 5 Prozent gegenüber diesem Niveau zu verzeichnen (Allen 2003: 133 und 147). In Allens Text wird neben einer Neuberechnung der Daten auf der Grundlage der heute verfügbaren Erkenntnisse, die zu weit weniger pessimistischen Schätzungen führen als beispielsweise die von Bergson zum Konsumwachstum, finden wir auch einige Simulationen, die zeigen, dass das Wachstum der UdSSR im betrachteten Zeitraum sowohl höher war als das, das bei Beibehaltung des NEP-Modells zu erwarten gewesen wäre, als auch höher als das, das bei Einführung eines kapitalistischen Modells zu erwarten gewesen wäre (Allen 2003: 154 ff. und 169; zur Kritik an Bergson siehe Allen 2003: 137).

Wenige Jahre später sollte der von Hitler gegen die Sowjetunion entfesselte Krieg einen Großteil der Ergebnisse der Fünfjahrespläne zunichten machen und 27 Millionen sowjetischen Bürgern das Leben kosten. Aber es lohnt sich, das Offensichtliche zu wiederholen: Ohne die beschleunigte Industrialisierung hätten die Nazis diesen Krieg gewonnen.

3. 1956-1991: Herausforderung für die USA, Verlangsamung, Stagnation, Zusammenbruch

Auch wenn dies nicht das Thema dieses Beitrags ist, lohnt es sich, kurz auf die nächste Phase der sowjetischen Wirtschaft einzugehen, deren Beginn auf das Jahr 1956 datiert werden kann, als Chruschtschow die Macht übernahm.

Es muss sofort gesagt werden, dass die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft zumindest bis 1970 alles andere als stagnierend bezeichnet werden kann: Im Grunde genommen stieg der Endverbrauch im gesamten Zeitraum von 1950 bis 1980 um 3 % pro Jahr (US Congress 1982: 72-4). Bis zum Ende der 1950er Jahre verzeichnete die Sowjetunion beachtliche Wachstumsraten, die sich in den besorgten Worten von Allen Dulles, dem Direktor der CIA, in einer

Anhörung vor dem Kongress am 13. November 1959 widerspiegeln: „Wenn die industrielle Entwicklung der Sowjetunion im nächsten Jahrzehnt wie erwartet mit einer Rate von 8-9 % pro Jahr weitergeht, wird sich die Kluft zwischen unseren beiden Volkswirtschaften bis 1970 gefährlich verringern, es sei denn, unsere industrielle Entwicklungsrate steigt deutlich gegenüber dem derzeitigen Niveau.“ (Dulles in Boffa 1960: 117-8).

Am 12. April 1961 ist Juri Gagarin der erste Mensch im Weltraum: Diese Leistung symbolisiert nicht nur die enorme Entwicklung eines Landes, das noch zwei Generationen zuvor eine überwiegend feudale Wirtschaft hatte, sondern auch den offenen Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten um die technologische und wirtschaftliche Vorherrschaft. Doch gerade ab den 1960er Jahren kam es zu einer Verlangsamung des Wachstums, das nach 1970 einen drastischen Rückgang nahm. In den 1960er Jahren gab es auch erste Versuche, wirtschaftliche Reformen in Richtung Dezentralisierung durchzuführen, wobei die Rentabilität als Indikator für die wirtschaftliche Effizienz auf Ebene des einzelnen Unternehmens anerkannt wurde (vgl. Chruschtschow in Wilson 1964: 84). Die Reformen brachten jedoch nicht die erhofften Ergebnisse. Es kam zur Stagnation unter Breschnew und schließlich unter Gorbatschow zur endgültigen Krise des Systems.

Was sind also die Gründe für die Stagnation und dann für die Krise aus rein wirtschaftlicher Sicht? Es wurden verschiedene Erklärungen gegeben, die sowohl das eigentliche Entwicklungsmodell als auch eher zufällige Faktoren betreffen. Es wurde gesprochen von:

- (a) einem Modell, das für eine Phase extensiver Entwicklung geeignet ist, nicht jedoch für eine Phase intensiver Entwicklung (eine Erklärung, die bei genauerer Betrachtung eher unklar ist);
- (b) einem Wirtschaftsmodell, das für ein rückständiges Land mit hoher Arbeitslosigkeit und nicht mehr in einer Situation der Vollbeschäftigung geeignet ist (in diese Richtung gehen die Überlegungen von Kalecki 1963, siehe dazu Nuti 1979: 249 und Anmerkung 4; vgl. Nuti 2004); auch nach Allen führte die Situation der Vollbeschäftigung und sogar des Arbeitskräftemangels dazu, dass „der Kapitalstock ohne ein entsprechendes Wachstum des BIP wuchs, weil es nicht genug Arbeit gab, um die neue Produktionskapazität zu nutzen“ (Allen 2003: 193-194); außerdem ist die *weiche Budgetbeschränkung* in einer Situation der Ressourcenknappheit kein Entwicklungshebel mehr, sondern

- kontraproduktiv (z. B. in Form von unzureichenden Anreizen zur Kostensenkung);
- (c) einem zentralisierten Planungsmodell, das nicht mehr in der Lage war, den technischen Fortschritt zu fördern (Amann, Cooper 1986: 1); allgemeiner gesagt wurden die Mängel einer übermäßigen Zentralisierung bereits Ende der 1950er Jahre durch die bahnbrechende Arbeit von János Kornai (Kornai 1957) aufgezeigt;
 - (d) Fehlinvestitionen und auch schwerwiegende Fehler in der Investitionsstrategie (beispielsweise wurden veraltete Fabriken nicht geschlossen und durch neue Produktionsanlagen ersetzt, sondern modernisiert und erweitert, was zu einer unbefriedigenden Investitionsrendite führte);
 - (e) ineffizienter Nutzung natürlicher Ressourcen und Investitionen, was sich in einem Rückgang der Gesamtfaktorproduktivität um 10 % zwischen 1975 und 1985 in den drei Sektoren Erdöl, Kohle und Eisenmetalle niederschlug;
 - (f) Mängeln in der technologischen Forschung und Entwicklung (F&E), die sich zu sehr auf den Verteidigungssektor konzentrierte; der sehr hohe Anteil des BIP, der für das Wettrüsten aufgewendet wurde bremste zweifellos die Entwicklung der UdSSR, was im Laufe der Jahre immer gravierender wurde.

Allerdings ist zu bedenken, dass die endgültige Krise der UdSSR nicht ausschließlich auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen ist: Die politische Komponente war in der Tat entscheidend für den Zusammenbruch der Sowjetunion.

4. Die Folgen der sowjetischen Wirtschaftsrevolution für das wirtschaftliche Denken und die Wirtschaftspolitik des 20. Jahrhunderts

Die dichte Flut von herabwürdigenden und verfälschenden Darstellungen der Geschichte der UdSSR, die in den letzten Jahrzehnten in Mode gekommen sind, hat natürlich auch die Wirtschaftsgeschichte der Sowjetunion nicht verschont. Das macht heute eine Beobachtung fast provokativ, die eigentlich selbstverständlich sein sollte: Es ist unmöglich, die Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts ohne die sowjetische Wirtschaftsrevolution zu verstehen. Es ist daher sinnvoll, einige Beispiele für ihren doppelten Einfluss auf die Wirtschaftsgeschichte und das

wirtschaftliche Denken anzuführen, ausgehend von den Schlüsselementen des sowjetischen Wirtschaftsmodells.

4.1. „Soziales“ Eigentum und die Rolle des Staates in der Wirtschaft

In diesem Zusammenhang lassen sich zwei Zeiträume unterscheiden: vor und nach dem Zweiten Weltkrieg.

4.1.1. Die erste Periode war geprägt von Debatten über die Krise von 1929: Insbesondere die Massenarbeitslosigkeit machte die Mängel des Kapitalismus (oder, um es mit der heute gebräuchlichen euphemistischen Sprache zu sagen, die Unzulänglichkeit der Marktdynamik) deutlich, während die Sowjetunion nicht nur von der Krise verschont blieb, sondern auch die oben erwähnten bemerkenswerten Wachstumsraten vorweisen konnte.

In diesem Zusammenhang kann ein außergewöhnliches historisches Dokument erwähnt werden: das Zeugnis, das der US-amerikanische Ökonom **Kenneth Arrow** 1978 der Zeitschrift „*Dissent*“ anvertraute. Kenneth Arrow war keineswegs Marxist, sondern gilt vielmehr als einer der Begründer der neoklassischen Ökonomie (sechs Jahre vor der Veröffentlichung dieses Aufsatzes hatte er zusammen mit John Hicks für seine Beiträge zur allgemeinen Gleichgewichtstheorie und zur Wohlfahrtstheorie den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalten). In seinem Artikel in „*Dissent*“ mit dem bezeichnenden Titel „*A cautious case for socialism*“ beschrieb Arrow, der 1921 geboren wurde, seine jugendliche Sympathie für den Sozialismus und seine Beweggründe. Erstens stellten die Massenarbeitslosigkeit und der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und dem Aufstieg des Nationalsozialismus „einen überzeugenden Beweis dafür dar, dass das derzeitige Wirtschaftssystem eine Katastrophe war“ (Arrow 1978: 2). Aber „was diesen Überlegungen über das, was in dieser Zeit faul war, Nachdruck und Schwung verlieh, war die *Existenz einer Alternative... Die Idee des Sozialismus war leicht zugänglich...* Wir sahen darin eine Lösung für unsere Schwierigkeiten. Sicherlich konnte ein rational organisiertes und zentral koordiniertes Wirtschaftssystem die Instabilität der kapitalistischen Wirtschaft und die schrecklichen menschlichen und materiellen Kosten der Arbeitslosigkeit vermeiden. *Außerdem existierte eine solche Wirtschaft bereits.* Die Sowjetunion befand sich im Aufbau und expandierte, es gab keine Arbeitslosigkeit, während die fortgeschrittenen kapitalistischen Volkswirtschaften in einer Abwärtsspirale steckten oder bestenfalls stagnierten“ (Arrow 1978: 2; Hervorhebung von mir). „Die Grundwerte, die meine Präferenz für den Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus motivierten“, fährt Arrow fort, „waren 1) die Effizienz bei der

Sicherstellung, dass alle Ressourcen genutzt wurden, 2) die Ablehnung von Krieg und anderen Aspekten politischer Korruption im Zusammenhang mit dem Streben nach Profit, 3) die Erlangung der Freiheit von der Kontrolle einer kleinen Elite, 4) die Gleichheit von Einkommen und Macht und 5) die Förderung kooperativer statt kompetitiver Motive im Funktionieren der Gesellschaft“ (Arrow 1978: 5). Nach diesen Überlegungen zur Vergangenheit kommt Arrow zu einer allgemeineren Schlussfolgerung: „Der Sozialismus ist offensichtlich ein praktikables Wirtschaftssystem, entgegen dem, was viele in der nicht allzu fernen Vergangenheit behauptet hätten, und er setzt Energien und Produktivitäten frei, die nicht weit von den kapitalistischen Standards entfernt sind“ (Arrow 1978: 10).

Der Einfluss des sowjetischen Sozialismus in der Vorkriegszeit war nicht nur kultureller Natur. Lucio Villari stellte fest: „Die sowjetische Planung jener Jahre hatte einen viel größeren Einfluss auf die Wirtschaftspolitik und Ideologie des Kapitalismus, als damals ersichtlich war. Anhand dieses Vergleichs zwischen der UdSSR und dem Westen lässt sich in jenen Jahren die Entfremdung zwischen weiten Teilen der bürgerlichen Kultur und der kapitalistischen Gesellschaftsform feststellen... Sogar die englischen Fabianer preisen die UdSSR als historischen Ort, an dem der Sozialismus seine große Kraft der Menschlichkeit und Befreiung entfaltet (die UdSSR wird von G.B. Shaw sogar als „Fabianische Föderation“ bezeichnet)“ (Villari 1979: 48). Im Übrigen setzte sich in jenen Jahren, wie bekannt, die Idee der Notwendigkeit staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben auch in den Vereinigten Staaten unter Roosevelt mit dem New Deal konkret durch.

Entgegen der Begeisterung einiger (echter oder vermeintlicher) Marxisten für sein Denken hatte **John Maynard Keynes** unter Ökonomen nie eine besondere Sympathie für das sowjetische Experiment: Dies belegt der Bericht über seine Reise in die Sowjetunion im Jahr 1925, *A Short View of Russia*, der im Dezember desselben Jahres veröffentlicht wurde und in dem er unter anderem erklärt: „Aus wirtschaftlicher Sicht finde ich im russischen Kommunismus keinen Beitrag von intellektuellem Interesse oder wissenschaftlichem Wert für unsere wirtschaftlichen Probleme“ (Keynes 1925: 76). In einem der Vorträge, die er während dieser Reise hielt, räumte er jedoch ein, dass auch im Westen der Staat „gezwungen sein würde, eine ganze Reihe von Sektoren in die Hand zu nehmen, in denen der private Kapitalismus keine zufriedenstellenden Ergebnisse liefert“ (Keynes 1925: 9 und Anm.).

Im Übrigen lesen wir bereits in einem Schriftstück aus dem Vorjahr: „Ein

Zurück ist hier unmöglich. [...] Die nächsten politisch-wirtschaftlichen Entwicklungen werden aus neuen Experimenten hervorgehen, die darauf abzielen, die jeweiligen Bereiche des individuellen Handelns und des staatlichen Handelns zu bestimmen“ (Keynes 1925: 8). Darüber hinaus erklärte Keynes in seinem berühmten Essay über *Das Ende des Laissez-faire*, der 1926 veröffentlicht wurde, unverblümt: „Der Kampf des Sozialismus gegen den unbegrenzten privaten Profit gewinnt von Stunde zu Stunde an Boden“ (Keynes 1925: 52). Und im selben Aufsatz schrieb er in Bezug auf die Kanalisierung von Ersparnissen in Investitionen: „Ich glaube nicht, dass diese Angelegenheiten, wie es derzeit der Fall ist, vollständig den zufälligen Entscheidungen des privaten Urteilsvermögens und des privaten Profits unterworfen sein sollten“ (Keynes 1925: 54) – das heißt, wie wir heute sagen würden, dass sie den Entscheidungen der Finanzmärkte überlassen werden sollten.

Keynes' Horizont bleibt in jedem Fall der eines „weise regierten Kapitalismus“ (Keynes 1925: 57). Auch der Kontext des berühmten Satzes über die „Sozialisierung der Investitionen“ in der *Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* lässt daran keinen Zweifel: „Ich glaube, dass eine Sozialisierung der Investitionen in gewissem Umfang sich als das einzige Mittel erweisen wird, um uns der Vollbeschäftigung anzunähern... Aber darüber hinaus sehe ich keine Notwendigkeit für ein System des Staatssozialismus, das den größten Teil des Wirtschaftslebens der Gemeinschaft umfasst“ (Keynes 1936: 572). Das hinderte einen liberal orientierten Ökonomen wie Sergio Ricossa jedoch nicht daran, den „reformierten Kapitalismus à la Keynes“ als „eine milde Form des Sozialismus“ zu betrachten (Ricossa 1991: 248).

Im Gegensatz zu Keynes war der polnische Ökonom **Michał Kalecki** stark vom Marxismus beeinflusst und gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen mit **Oskar Lange** zu den Protagonisten der Planwirtschaft in Polen. In den 1930er Jahren räumte sogar ein liberaler Ökonom wie **Abba Lerner** ein, dass die sozialistische Wirtschaft gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft eine überlegene Vorhersagbarkeit aufweise (zit. in Villari 1979: 57).

4.1.2. Vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte die staatliche Intervention in die Wirtschaft jedoch ihre Blütezeit. Man denke nur daran, dass die deutschen CSU in ihrem ersten Wahlprogramm nach dem Krieg, Verstaatlichungen gegen private Monopole vorsah, angesichts ihrer Rolle in Hitlers Krieg.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Wahrnehmung eines offensichtlichen Zusammenhangs zwischen der Anarchie der kapitalistischen Produktion und dem Krieg verständlicherweise weit verbreitet. In seinem *Werk*

Economic security and individual freedom (in der italienischen Übersetzung wurde der Titel mit *Libertà e pianificazione* wiedergegeben) stellte Albert Lauterbach beispielsweise fest: „Wenn es eine Lehre aus den katastrophalen Ereignissen des Jahrzehnts von 1930 bis 1940 gibt, dann ist es die, dass wirtschaftliches Chaos tödliche Auswirkungen auf Freiheit und Frieden hat. ... Es war vor allem die wirtschaftliche Unsicherheit, die nach 1929 dazu führte, dass Deutschland zu einem totalitären Regime überging, das auf militärische Aggression ausgerichtet war“ (Lauterbach 1948: 18, 18-19). Was die Nachkriegssituation betrifft, so erklärte derselbe Autor mit Blick insbesondere auf die Vereinigten Staaten: „Nach den jüngsten Erfahrungen mit Vollbeschäftigung, hohem Produktionsniveau und steigenden Einkommen würden nur wenige eine Rückkehr zu einer Wirtschaft mit Unterbeschäftigung, Unterproduktion und Unterkonsum akzeptieren“ (Lauterbach 1948: 20-21).

Die kapitalistischen Volkswirtschaften Westeuropas zeichnen sich immer deutlicher als „gemischte Volkswirtschaften“ aus, in denen der öffentliche und der private Sektor nebeneinander bestehen, wobei manchmal – wie in Italien – der erste Sektor eine sehr wichtige Rolle spielt.

4.2. Die Planung

Auch in dieser Hinsicht ist die Russische Revolution ein deutlicher Wendepunkt.

4.2.1. Vor der Revolution. Bereits vor der Revolution gab es theoretische Anerkennungen des wirtschaftlichen Potenzials einer „kollektivistischen Wirtschaft“ und der (damals jedoch noch nur theoretischen) Durchführbarkeit der Wirtschaftsplanung. Der schwedische Ökonom **Knut Wicksell** beispielsweise hatte 1911 erklärt: „Eine kollektivistische Gesellschaft würde eine viel bessere Garantie für eine schnelle Kapitalakkumulation bieten als die derzeitige individualistische Gesellschaft... Obwohl dies der gängigen Meinung widerspricht, sollten wir gerade in einer kollektivistischen Gesellschaft eine progressive Kapitalakkumulation erwarten, bis die Produktion vollständig mit neuem Kapital versorgt ist und die nationale Produktion ihre maximale technische Kapazität erreicht hat“ (Wicksell 1911: 1.211-212). Im selben Jahr hatte auch der US-amerikanische Ökonom **Frank William Taussig** in seinen *Principles of Economics* den Einwand, dass in einer Planwirtschaft „Güter nicht bewertet werden könnten“, für unbegründet gehalten (Taussig 1911).

4.2.2. Ab den 1920er Jahren. Nach der Revolution verlässt die Möglichkeit einer Planwirtschaft natürlich den Bereich rein theoretischer Diskussionen, und die Debatte verlagert sich auf die Frage, ob die Planwirtschaft der kapitalistischen Marktwirtschaft überlegen ist oder nicht.

Ein Beweis dafür ist die Debatte über das Verhältnis zwischen Wirtschaftstheorie und sozialistischer Wirtschaft, die in den 1930er Jahren unter Beteiligung der Ökonomen **Maurice Dobb**, **Oskar Lange** und **Abba Lerner** geführt wurde (Dobb/Lange/Lerner 1933/1938).

Aber letztlich ist es die Entwicklung der konzeptionellen und mathematischen Instrumente der Planung selbst, die einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum ökonomischen Denken des 20. Jahrhunderts leistet. Man denke nur daran, dass der Ursprung der „**Leontief-Tabelle**“ der intersektoralen Beziehungen eines Wirtschaftssystems (d. h. der Beziehungen zwischen verschiedenen Industriezweigen als Ergebnis der interindustriellen Lieferungen) mit der Ausarbeitung des ersten Plans für die sowjetische Volkswirtschaft von Popov und Litosenko zusammenhängt (Spulber 1964: 29-31): Tatsächlich rezensierte Leontief 1925 den Plan (eher kritisch) und entwickelte anschließend die *Input-Output-Tabelle* (Spulber 1964: 24).

Später entwickelte der sowjetische Mathematiker und Ökonom **Leonid Vital'evič Kantorovič** (der einzige Ökonom der UdSSR, der den Nobelpreis erhielt) in seinem Werk *Mathematische Methoden der Organisation und Planung der Produktion* (1939) die Methode der linearen Programmierung. Diese Methode wurde später von **George Bernard Dantzig** und **Tjalling C. Koopmans** aufgegriffen und verfeinert, mit denen Kantorovič 1975 den Nobelpreis teilte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu *einem* regelrechten „*Planungsboom*“ (Engerman 2015: 593). Das kürzlich erschienene Buch *Planning in Cold War Europe* verdeutlicht die Allgegenwärtigkeit des Phänomens der Planung im Europa des Kalten Krieges, sowohl im Osten als auch im Westen (Christian/Kott/Matejka 2018).

Tatsächlich gab es in diesen Jahren zwei Arten der Planung: die **indikative Planung und die Kommando- Planung (bzw. imperative/direktive)**. Im Westen versuchte man, Elemente der ersten Art zu entwickeln und lehnte die Planwirtschaft ab: „*Planung ohne Planwirtschaft*“ ist auch der Titel eines Buches, das eine interessante Debatte zu diesem Thema zusammenfasst, die 1963 bei der List Gesellschaft in Frankfurt stattfand. Tatsache bleibt jedoch, dass – wie einer der Diskussionsteilnehmer, der deutsche Ökonom **Edgar Salin**, betont – „*die eigentliche Frage nicht lautet, ob, sondern wie geplant werden soll*“ (Salin in Plitzko 1964: 8; Hervorhebung von mir).

Kommen wir nun zu einigen Beispielen für Planung in westlichen Ländern.

In **Frankreich** wird nach dem Zweiten Weltkrieg das Planungskommissariat eingerichtet. Der Plan von Jean Monnet aus dem Jahr 1946 legt Produktionsziele für Landwirtschaft, Verkehr, Energie, Stahl und, in Bezug auf Landmaschinen und Baumaterialien, (ab 1949 auch für bestimmte chemische Produkte) fest; anschließend wurden umfassendere Vierjahrespläne ausgearbeitet (1954-7, 1958-61 usw.: siehe Wilson 1964: 36).

Auch in **Japan** wird eine Agentur für Wirtschaftsplanung eingerichtet, die eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau und der raschen Entwicklung Japans nach dem Krieg spielen wird.

Elemente der Wirtschaftsplanung werden in **den Niederlanden** und **Norwegen** und – seit den 1960er Jahren – auch in **Belgien, Italien und Dänemark** eingeführt (Archibugi 2009: 27).

In Bezug auf **Großbritannien** zitiert Lauterbach in seinem bereits erwähnten Text von 1948 die Worte des englischen Labour-Politikers Herbert Morrison: „Großbritannien ist die erste große Nation, die versucht, einen weitreichenden wirtschaftlichen und sozialen Dirigismus mit der uneingeschränkten Achtung der Rechte und Freiheiten des Einzelnen zu verbinden.“ (Lauterbach 1948: 67); Das Ziel ist ein „Übergang zu einer Planwirtschaft im radikalsten Sinne des Wortes“ (Lauterbach 1948: 87). Das von Lauterbach entworfene Bild sieht weitere Entwicklungen der „sozialen Regulierung des Wirtschaftslebens“ vor, verstanden als eine „Phase, die in einigen Bereichen des Wirtschaftslebens zu einer vollständigen Enteignung und in anderen vielleicht nur zu funktionalen Anpassungen von relativer Bedeutung führen kann“ (Lauterbach 1948: 110).

Aus theoretischer Sicht definierte der schwedische Ökonom **Gunnar Myrdal** in seinen Vorlesungen an der Yale Law School im Jahr 1958, die 1960 unter dem Titel *Beyond the Welfare State. Economic Planning and Its International Implications* veröffentlichte, wie folgt: „bewusste Versuche der Regierung eines Landes – in der Regel unter Beteiligung anderer kollektiver Gremien –, die öffentliche Politik rationaler zu koordinieren, um die wünschenswerten Ziele der zukünftigen Entwicklung vollständiger und schneller zu erreichen“; konkret ist Planung in seiner Vorstellung immer etwas Pragmatisches und teilweise, niemals umfassend und vollständig (Myrdal 1960: 23). Insbesondere im Westen entsteht Planung spontan als Koordinierung verschiedener staatlicher Interventionsmaßnahmen und wird insbesondere vom Ziel der Vollbeschäftigung geleitet (Myrdal 1960: 63 und 67).

Es ist jedoch der Niederländer **Jan Tinbergen**, der sich am intensivsten mit den verschiedenen Aspekten der Planung befasst. In seinem *Werk Central Planning* (1964) stellt er fest: „Der historische Ursprung der heute angewandten Planungstechniken geht offensichtlich auf zwei Hauptquellen zurück: die kommunistische Planung in Russland und die westliche Makroplanung (macroplanning)“ (Tinbergen 1964: 4). In seinem späteren *Werk „Development and Planning“* (1967) stellt Tinbergen fest, dass in den westlichen Ländern etwa 25 Prozent der Gesamtproduktion in staatlicher Hand sind (Tinbergen 1967: 34) und der Einfluss des Staates auf das Wirtschaftsleben mittlerweile als „bedeutend“ bezeichnet werden kann (1967: 35). In diesem Text von Tinbergen ist „*Planning*“ (Planung/Programmierung) die Vorbereitung der verschiedenen Prozesse, die die Wirtschaftspolitik umsetzen (Tinbergen 1967: 35-6); die drei Elemente der Planungspolitik sind laut Tinbergen die Vorhersage, die Koordination und das Erreichen der vorgegebenen Ziele (Tinbergen 1967: 44).

Wer im Westen über Planung theoretisiert, ist nicht unbedingt Marxist.

Der norwegische Ökonom **Ragnar Frisch** (1969 zusammen mit Tinbergen Nobelpreisträger) ist es nicht, der die Wirtschaftsplanung als „Grundlage für Effizienz und eine lebendige Demokratie“ definiert (Frisch 1976 [post.]: 27)). Bei Frisch findet sich jedoch die Idee einer zentralen Planung, die durch ökonometrische Modelle umgesetzt werden soll (Ricossa 1991: 276). Und sicherlich nicht **Jan Tinbergen**, der sein eigenes Planungsmodell auf der Grundlage der Wohlfahrtsökonomie sowohl dem Marxismus als auch dem Liberalismus gegenüberstellt (Tinbergen 1967: 65-6; aber bereits zuvor hatte er Marxisten und „Manchesterianer“ als Vertreter eines „doktrinären Denkens“ angegriffen: Tinbergen 1964: 75). In der von Tinbergen entworfenen Wohlfahrtsökonomie sind wichtig: Verteilungsgerechtigkeit (ein wichtiges Instrument in dieser Hinsicht sind Steuern auf Vermögen und Gewinne) und positive und negative externe Effekte (die wir heute als „Externalitäten“ bezeichnen: Tinbergen 1967: 66-67-68). Die Wohlfahrtsökonomie ist laut Tinbergen eine „gemischte Ordnung, in der wichtige Sektoren dem Staat anvertraut werden“ (Tinbergen 1967: 69).

Ein letzter wichtiger Beitrag Tinbergens ist die *Konvergenztheorie*, in der er eine Annäherung zwischen kapitalistischen (von Tinbergen als „westlich“ bezeichneten) und sozialistischen Systemen gerade im Bereich der Planung erkennt: „Von allen Seiten wurde versucht“, so Tinbergen, „sich der optimalen Ordnung anzunähern, und ... damit wurde eine gewisse Annäherung zwischen den westlichen und den kommunistischen Systemen erreicht“ (Tinbergen 1967: 69-70, Hervorhebung von mir; vgl. auch weiter unten auf S. 70 und

bereits Tinbergen 1964: 5-6). Als einen der Gründe für diese Annäherung seitens des Westens nennt Tinbergen den Einfluss „detaillierterer Forschungsmethoden, die in der *Input-Output-Analyse* zum Tragen kommen“ (Tinbergen 1964: 5); weiter unten im selben Text bemerkt er: „In den entwickelten Ländern des Westens hat sich der Einsatz von Planungsinstrumenten enorm verbreitet, und es ist mittlerweile allgemein anerkannt, dass instabile Märkte einer stabilen Regulierung bedürfen“ (Tinbergen 1964: 78).

Gegen die Hypothese einer zunehmenden Konvergenz der Wirtschaftssysteme sprach sich hingegen der norwegische Ökonom **Leif Johansen** in seinen *Lectures on macroeconomic planning* aus, indem er auf die Bedeutung der Eigentumsformen hinwies: „Es mag den Anschein haben, dass sich die meisten Länder auf einer Skala zwischen vollständig zentralisierten und vollständig dezentralisierten Systemen auf ein mittleres Niveau zubewegen. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie letztendlich zu einem einzigen System konvergieren werden. Die Eigentumsform stellt eine Art Anker dar, der sich in der Regel als ziemlich schwer erweist. Auch die Erfahrung scheint darauf hinzudeuten, dass es oft Kräfte gibt, die dazu neigen, die ‚Ausgangssituation‘ wiederherzustellen, wenn sie verändert wurde“ (Johansen 1978: 3).

4.3. Der Wohlfahrtsstaat

Der Wohlfahrtsstaat entstand aus dem staatlichen Interventionismus infolge der Krise von 1929. Der Interventionismus wird wiederum von **Gunnar Myrdal** als eng mit der Planung verbunden und als unvermeidliche Tendenz angesehen: „Der Trend zu Interventionismus und Planung in der westlichen Welt“, so der schwedische Ökonom in seinen bereits erwähnten Vorlesungen von 1958, „ist unumkehrbar“ (Myrdal 1960: 36; siehe auch 165-166). Myrdal stellt außerdem fest, dass Planung und Sozialstaat die Demokratie im Westen gestärkt haben (Myrdal 1960: 107). Aber „der demokratische Sozialstaat in den reichen Ländern der westlichen Welt“ hat eine Grenze: Er ist „protektionistisch und nationalistisch“ (Myrdal 1960: 162). In diesem Zusammenhang sieht Myrdal sehr klar, dass der Wohlfahrtsstaat einer unbegrenzten Öffnung des Handels entgegensteht und somit zu einer „internationalen Desintegration“ führen kann; die einzige Alternative, die Myrdal sieht, besteht darin, über den Wohlfahrtsstaat hinauszugehen und „mit internationaler Zusammenarbeit und gegenseitigen Zugeständnissen eine *Wohlfahrtswelt* aufzubauen“ (Myrdal 1960: 176).

Die Geschichte der folgenden Jahrzehnte, zumindest seit den 1980er Jahren,

hat hingegen gezeigt, dass die Öffnung des Handels in Verbindung mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs – also die kapitalistische Globalisierung, die durch die Finanzialisierung der Wirtschaft vorangetrieben wurde – den Wohlfahrtsstaat verdrängt hat.

4.4. Die wirtschaftliche Entwicklung

Die sowjetische Wirtschaftsrevolution war jahrzehntelang ein Impulsgeber für Theorien und Strategien zur wirtschaftlichen Entwicklung auf der ganzen Welt.

4.4.1. In den westlichen Ländern. Unter den vielen interessanten Beobachtungen in Myrdals Vorlesungen mag eine für heutige Leser, die seit Jahrzehnten durch Propaganda daran gewöhnt sind, die Stagnation der letzten Jahre der Sowjetunion mit dem gesamten Entwicklungsverlauf des sowjetischen Experiments gleichzusetzen, besonders überraschend erscheinen. Diese lautet: „Es ist nicht unwahrscheinlich, dass dieser unstillbare Wunsch der westlichen Länder nach Entwicklung in gewisser Weise einfach eine Reaktion auf die mutigen Bemühungen [um Wachstum] in den Ländern mit sowjetischer Ausrichtung ist. ... Die offensichtlichen Errungenschaften in der sowjetischen Welt müssen dazu geführt haben, dass auch in den westlichen Ländern das Interesse an Entwicklung gewachsen ist“ (Myrdal 1960: 41-2).

4.4.2. Das Aufholen der wirtschaftlich rückständigen Länder. Es gibt einen besonderen Aspekt der Entwicklung, bei dem das sowjetische Modell von besonderer Bedeutung war: das Aufholen (*Catching-up*) der wirtschaftlich rückständigen Länder.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere zwischen den 1950er und 1970er Jahren, etablierten sich parallel zum Entkolonialisierungsprozess in vielen Ländern Formen der Entwicklungsplanung. In den 1950er und 1960er Jahren ist der Zusammenhang zwischen der Betonung des Wachstums und dem „wiederauflebenden Interesse an einer zentralisierten Wirtschaftsplanung“ (Wilson 1964: VII) ganz offensichtlich.

Insbesondere stellte Spulber 1964 fest, dass „das sowjetische Industrialisierungsmodell – d. h. die sowjetische Planungsstrategie und -verfahren – heute einen tiefgreifenden Einfluss auf unterentwickelte Gebiete ausübt“ (Spulber 1964: 91). Der Grund dafür liegt auf der Hand: Das sowjetische *Aufholmodell* bot ein Vorbild dafür, „den Teufelskreis zu durchbrechen. Niedriges Gesamteinkommen – geringe Ersparnisse – langsames Wachstum“

(Spulber 1964: 11). Dieser Teufelskreis wird von **Evsey Domar** in seinem bedeutenden Artikel „*A Soviet model of growth*“ (1957) wie folgt beschrieben: „Eine geschlossene Wirtschaft ohne Metallindustrie, Maschinenbau und gut entwickelte Zuliefererindustrie (die sogenannte Schwerindustrie) ist nicht in der Lage, eine nennenswerte Menge an Kapitalgütern zu produzieren und somit einen hohen Anteil ihres Einkommens zu investieren, wie hoch ihre *potenzielle Sparneigung* auch sein mag“ (Domar 1957: 236).

Das Modell von Feldman war eine Antwort genau auf dieses Problem. Es ist daher kein Zufall, dass es 1953 vom indischen Statistiker **Prasanta Chandra Mahalanobis** wieder aufgegriffen und zur Grundlage des zweiten indischen Fünfjahresplans gemacht wurde. Ebenso wenig ist es ein Zufall, dass – wie Myrdal in denselben Jahren feststellte – in den Entwicklungsländern „in der öffentlichen Diskussion diejenigen im Vorteil sind, die eine ‚geplante‘ Wirtschaft wollen. Die Planung genießt gesellschaftliches Ansehen, während die Verfechter einer ‚freien‘ Wirtschaft mit Argwohn betrachtet werden“ (Myrdal 1960: 13-14). Und es handelt sich nicht um eine indikative Planung, sondern um eine „programmatische“ Planung, wie im sowjetischen Fall (Myrdal 1960: 122-3). Diese Beobachtung deckt sich mit der von Domar, der erkannt hatte, dass „für jeden, der sich mit Wachstum und Entwicklung befasst, die Literatur der 1920er Jahre von großem Interesse ist“ (Domar 1957: 224). Es ist erwähnenswert, dass diese Aussage umso wichtiger ist, wenn man bedenkt, dass Domar (mit dem Harrod-Domar-Theorem) ein anderes Wachstumsmodell als Feldman entwickelt hat.

4.4.3. Der Fall Italien. Ähnlich wie die Probleme, mit denen die Entwicklungsländer konfrontiert waren, waren auch die Probleme der Regionen mit Entwicklungsrückstand innerhalb eines einzelnen Landes. Dies ist unter anderem der Fall im Süden Italiens. Es ist bezeichnend, dass die **Svimez** (Vereinigung für die Entwicklung der Industrie in Südalitalien) zwischen 1952 und 1964 *Ergänzungen zu den „Informazioni Svimez“* herausgab, in denen die weltweit beste Bibliografie zu den Problemen wirtschaftlich unterentwickelter Länder zusammengestellt wurde (siehe Svimez 2017). **Pasquale Saraceno**, der 1948 die Svimez und 1960 die Cassa per il Mezzogiorno (Kasse für Südalitalien) gründete, wies 1961 auf *die Notwendigkeit einer Politik zur „wirtschaftlichen Vereinigung des Landes“* hin (zitiert nach Eugenio Peggio in Istituto Gramsci 1963: 11-12; Kursivschrift von mir).

Es ist bezeichnend, dass unter den Mitte-Links-Regierungen das Ministerium für **Haushalt und Planung** zum **Ministerium für Haushalt und**

Wirtschaftsplanung wurde. In diesen Jahren wurde die Stromversorgung verstaatlicht und die Absicht bekundet, eine allgemeine Planung der wirtschaftlichen Entwicklung umzusetzen. Die Planungspolitik hatte in Italien übrigens eine solide verfassungsrechtliche Grundlage, und zwar in Artikel 41 Absatz 3 (der während der Verfassungsgebenden Versammlung von Kommunisten und Sozialisten gefordert wurde): „Das Gesetz legt die geeigneten Programme und Kontrollen fest, damit die öffentliche und private Wirtschaftstätigkeit auf soziale Ziele ausgerichtet und koordiniert werden kann“.

1963 konnte **Eugenio Peggio**, Leiter der Wirtschaftsabteilung der PCI-Führung, auf einer Tagung des Gramsci-Instituts zum Thema „*Wirtschaftsplanung und demokratische Erneuerung*“ feststellen: „In Italien herrscht fast allgemein die Meinung, dass die Entscheidung nicht mehr zwischen *Plan* oder *Nicht-Plan* getroffen werden kann, sondern vielmehr *auf die Art und die Ziele des Plans* abzielt, den man vorschlagen möchte“ (Istituto Gramsci 1963: 13; man beachte die Ähnlichkeit dieser Aussage mit der bereits zitierten von Edgar Salin).

Tatsächlich sollte sich die Tragweite der Planungspolitik in Italien bereits in den folgenden Jahren stark verringern: 1964 von Amintore Fanfani als „das Buch der Träume“ gebrandmarkt, wurde sie im Juli desselben Jahres mit dem Ende der Regierung, in der Antonio Giolitti (Ruffolo 2007: 3, 15) Minister für Haushalt und Wirtschaftsplanung war, faktisch begraben.

5. Jenseits des Rollbacks

Der letzte wichtige Beitrag zur Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, der sich ernsthaft mit der zentralen Planung auseinandersetzt, stammt von **Raaj Sah** und **Joseph Stiglitz** und geht auf die 1980er Jahre zurück (Sah/Stiglitz 1984).

Mit dem Fall der Mauer und dem Ende der UdSSR wurden sowohl dieser Beitrag als auch ein Großteil der oben erwähnten Debatten ausgelöscht und vergessen, ebenfalls überwältigt vom Ende des sowjetischen Experiments und einer Welle des Revisionismus und historischen Nihilismus. Stiglitz selbst distanzierte sich in seinem Werk *Whither Socialism?* (1994) zwar vom neoliberalen Wirtschaftsdenken, schrieb aber: „Der Zusammenbruch des Sozialismus als Wirtschaftsideologie war in vielerlei Hinsicht von vergleichbarer Bedeutung wie der fast zeitgleiche Zusammenbruch des Sowjetblocks, der den Endpunkt eines halben Jahrhunderts währenden wirtschaftlichen Experiments darstellte“ (Stiglitz 1994: 2).

Es waren die Jahre, in denen sich in der Praxis die Ablehnung der Rolle des Staates in der Wirtschaft als Alternative zum privaten Eigentum an den

Produktionsmitteln, der Planung als Alternative zum Markt und der Entwicklungsplanung in den Entwicklungsländern durchsetzte, da man die Integration in die internationalen Kapitalmärkte für diesen Zweck für ausreichend hielt.

Erst die Krise von 2007/8 und ihre Folgen sowie die unbestreitbaren wirtschaftlichen Erfolge des heutigen China führten zu einer – noch zu zaghafte – Neubewertung der Rolle des Staates und des Staatskapitalismus (siehe z. B. Economist 2012) sowie zu einem stärkeren Bewusstsein für die Grenzen der Selbstkorrekturfähigkeit der Märkte und der mit *Laissez-faire* und *Deregulierung* verbunden sind.

Welche Perspektiven gibt es?

Gunnar Myrdal erklärte in seinen Vorlesungen von 1958, die auf diesen Seiten mehrfach zitiert wurden, unter anderem: „Kein Land ist heute mehr bereit, ein Niveau der Wirtschaftstätigkeit und Beschäftigung zu akzeptieren, das durch die automatischen Auswirkungen von Veränderungen in seiner Zahlungsbilanz über das Bankensystem bestimmt wird. Kein Land ist heute bereit, zuzulassen, dass Währungsfragen außerhalb der Wirtschaftspolitik – oder sogar außerhalb der Politik – bleiben“ (Myrdal 1960: 28). Es ist allzu leicht, diese Aussagen, die uns heute besonders optimistisch erscheinen, dem aktuellen Anspruch, die unabhängige Zentralbank als Modell durchzusetzen, und dem Lob der Rolle der „Autopiloten“ im Wirtschaftsleben der Nationen entgegenzusetzen.

Aber gerade die offensichtlichen Grenzen des nach wie vor vorherrschenden kapitalistischen Entwicklungsmodells machen erneut die Notwendigkeit einer *sozialen und demokratischen Kontrolle sowohl der Investitionen als auch der Produktion und Verteilung des Reichtums* deutlich.

Es lässt sich heute noch nicht sagen, durch welche Prozesse und in welcher Form sich diese Kontrolle durchsetzen wird. Eines ist jedoch sicher: Jeder Versuch, diesen Weg wieder aufzunehmen, kann viel aus den ersten Erfahrungen dieser Art lernen, die im November 1917 in Russland gemacht wurden.

Literaturverzeichnis

- Allen 2003
R.C. Allen, *Farm to Factory. A Reinterpretation of the Soviet Industrial Revolution*, Princeton and

Oxford, Princeton University Press, 2003.

● Amann/Cooper 1986

Technical Progress and Soviet Economic Development, R. Amann, J. Cooper (Hrsg.), Oxford, Basil Blackwell, 1986.

● Archibugi 2008

F. Archibugi, *Planungstheorie. Von der politischen Debatte zur methodologischen Rekonstruktion*, Springer-Verlag Italia, Mailand, 2008.

● Arrow 1978

K.J. Arrow, „*A cautious case for socialism*”, „*Dissent*”, Herbst 1978.

● Bergson 1964

A. Bergson, *The economics of soviet planning*, New Haven und London, Yale University Press, 1964.

● Boffa 1960

La sfida all'America. Meinungen und Diskussionen amerikanischer und sowjetischer Fachleute zum wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten, herausgegeben von G. Boffa, Rom, Editori Riuniti, 1960.

● Bucharin/Preobraženskij 1969

N. Bucharin, E.A. Preobraženskij, *L'accumulazione socialista*, herausgegeben von L. Foa, Rom, Editori Riuniti, 1969, Neuauflage 1973.

● Christian/Kott/Matejka 2018

M. Christian, S. Kott, O. Matejka, *Planning in Cold War Europe. Competition, Cooperation, Circulations (1950s-1970s)*, Berlin/Boston, De Gruyter, 2018.

● Davies 1990

R.W. Davies, *Vom Zarismus zur Neuen Ökonomischen Politik*, Houndsill, Basingstoke, Hampshire, Macmillan, 1990.

● Dobb/Lange 1933/1938

M.H. Dobb, O. Lange, A.P. Lerner, *Wirtschaftstheorie und sozialistische Wirtschaft*, ital. Übersetzung, Mailand, Verlag Summa Uno, 1972.

● Domar 1957

E.D. Domar, „*A Soviet Model of Growth*”, in *Essays in the Theory of Economic Growth*, New York, Oxford University Press, 1957, S. 223-261.

- Economist 2012
„The Rise of State Capitalism. The Emerging World's New Model”, in *The Economist*, 21. Januar 2012.
- Engerman 2015
D.C. Engerman, „The Rise and Fall of Central Planning”, in *The Cambridge History of the Second World War. Band III: Total War: Economy, Society and Culture*, hrsg. von M. Geyer, Cambridge, Cambridge University Press, 2015, S. 575-598.
- Fel'dman 1928
G.A. Fel'dman, *Per una teoria dei tassi di crescita del reddito nazionale*, I e II, „Planovoe chozjajstvo”, 1928, Nr. 11, S. 146-70 und Nr. 12, S. 151-178; gesammelt in Spulber 1964, S. 260-285 und S. 385-413.
- Frisch 1976
R. Frisch, *Economic Planning Studies*. Eine Sammlung von Aufsätzen, ausgewählt, vorgestellt und herausgegeben von F. Long, Dordrecht-Boston, D. Reidel, 1976 [post.].
- Giacché 2017
V. Giacché, Einleitung, in Lenin, *Economia della rivoluzione*, herausgegeben von V. Giacché, Mailand, Il Saggiatore, 2017, S. 11-93.
- Harrod 1965
R.F. Harrod, *Das Leben von J.M. Keynes*, ital. Übersetzung Turin, Einaudi, 1965.
- Hunold 1951
Vollbeschäftigung Inflation und Planwirtschaft, mit einem Vorwort von H.D. Gideonse, hrsg. von A. Hunold, Erlenbach-Zürich, Eugen Rentsch Verlag, 1951.
- Istituto Gramsci 1963
Wirtschaftsplanung und demokratische Erneuerung. Tagungsbericht des Istituto Gramsci, Rom, 14.-15. März 1963, Rom, Editori Riuniti, 1963.
- Johansen 1978
L. Johansen, *Lectures on macroeconomic planning, Teil 2: Centralization, decentralization, under uncertainty planning*, Amsterdam – New York, London, North-Holland, 1978.
- Kalecki 1963
M. Kalecki, *Teoria dello sviluppo di una economia socialista* (1963), ital. Übersetzung, Rom, Editori Riuniti, 1967.

● Keynes 1925

J.M. Keynes, „*A short view of Russia*“ (1925), ital. Übersetzung in *Laissez-faire e comunismo*, hrsg. von G. Lunghini und L. Cavallaro, Rom, DeriveApprodi, 2010, S. 58-81.

● Keynes 1936

J.M. Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* (1936), ital. Übersetzung Turin, Utet, 1971, S. 572.

● Kornai 1959

J. Kornai, Overcentralization in Economic Administration. A Critical Analysis Based on Experience in Hungarian Light Industry (1957), engl. Übersetzung Oxford, Clarendon Press, 1959, 1994.

● Lauterbach 1948

A. Lauterbach, *Economic security and individual freedom* (1948), ital. Übersetzung *Libertà e pianificazione*, Rocca S. Casciano, Cappelli, 1957.

● Lenin 2017

Lenin, *Economia della rivoluzione*, hrsg. von V. Giacché, Mailand, Il Saggiatore, 2017.

● Murphy/Shleifer/Vishny 1988

K.M. Murphy, A. Shleifer, R. Vishny, *Industrialization and the Big Push*, NBER Working Paper Nr. 2708, September 1988; neu veröffentlicht in „Journal of Political Economy“, Oktober 1989, Bd. 97, Nr. 5, S. 1003-1026.

● Myrdal 1960

G. Myrdal, *Beyond the Welfare State. Economic Planning and Its International Implications*, New Haven, Yale University Press, 1960.

● Nurkse 1958

R. Nurkse, *Die Bildung von Kapital in unterentwickelten Ländern* (1958), ital. Übersetzung Turin, Einaudi, 1965.

● Nuti 1979

D. M. Nuti, „*The Contradictions of Socialist Economies: A Marxian interpretation*“, in „Socialist Register“ (Hrsg.: R. Miliband, J. Saville), 1979, S. 228-273.

● Nuti 2004

„*Kalecki and Keynes revisited: Two original approaches to demand-determined income – and much more besides*“, in Zdzislaw L. Sadowski und Adam Szeworski (Hrsg.), *Kalecki's Economics Today*, Routledge, London und New York, 2004.

● Plitzko 1964

Planung ohne Planwirtschaft. Frankfurter Gespräch der List Gesellschaft, 7.-9. Juni 1963, hrsg. von A. Plitzko, Basel – Tübingen, Kyklos-Verlag – J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1964.

● Preobraženskij 1924

E.A. Preobraženskij, *Das Grundgesetz der sozialistischen Uransammlung*, „Vestnik Kommunističeskoy Akademii“, 1924, Bd. VIII; ital. Übersetzung in Bucharin/Preobraženskij 1969, S. 7-72.

● Ricossa 1991

S. Ricossa, *Cento trame di classici dell'economia*, Mailand, Rizzoli, 1991.

● Ruffolo 2007

G. Ruffolo, *Il libro dei sogni. Una vita a sinistra raccontata a Vanessa Roghi*, Rom, Donzelli, 2007.

● Sah/Stiglitz 1984

R.K. Sah, J. Stiglitz, *The Architecture of Economic Systems: Hierarchies and Polyarchies*, NBER Working Paper Nr. 1334, April 1984.

● Spulber 1964

Die sowjetische Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung 1924-1930. Die Debatte der 1920er Jahre in der UdSSR, herausgegeben und mit einem einleitenden Essay von N. Spulber (1964), ital. Übersetzung Turin, Einaudi, 1970.

● Stalin 1928

I.V. Stalin, *Die Industrialisierung des Landes und die Abweichung nach rechts*, „Prawda“, 1928, Nr. 273 (24. November), gesammelt in Spulber 1964, S. 348-359.

● Stiglitz 1994

Joseph E. Stiglitz, *Whither Socialism?*, Cambridge (Mass.) – London, MIT Press, 1994.

● Svimez 2017

Probleme der wirtschaftlich unterentwickelten Länder. Beilagen zu „Informazioni SVIMEZ“, herausgegeben in den Jahren 1952-1964. Kommentierte bibliografische Organisation von Filippo Di Iorio, Quaderno SVIMEZ Nr. 52, Rom, 2017.

● Taussig 1911

F.W. Taussig, *Principles of economics*, Band 1, New York, Macmillan, 1911.

● Tinbergen 1964

J. Tinbergen, *Central Planning*, New Haven und London, Yale University Press, 1964.

- Tinbergen 1967

J. Tinbergen, *Sviluppo e pianificazione*, Mailand, Il Saggiatore, 1967.

- US-Kongress 1982

US-Kongress, Gemeinsamer Wirtschaftsausschuss. *UdSSR: Maßnahmen für Wirtschaftswachstum und Entwicklung, 1950-1980*, Washington, US-Regierungsdruckerei, 1982.

- Villari 1979

„*L' 'economia della crisi' e lo Stato sociale*“ (Die „*Krisenwirtschaft*“ und der *Sozialstaat*), in F. De Felice, G. Marramao, M. Tronti, L. Villari, *Stato e capitalismo negli anni trenta* (Staat und Kapitalismus in den 1930er Jahren), Rom, Editori Riuniti – Istituto Gramsci, 1979, S. 37-66.

- Wicksell 1911

K. Wicksell, *Lectures on Political Economy, Band 1: General Theory* (1911), London, George Routledge & Sons, 1934.

- Wilson 1964

Th. Wilson, *Planung und Wachstum*, London, Macmillan, 1964.